



Für ein besseres Europa

Informationen und Thesen zur Europawahl am 26. Mai 2019

Für ein Europa der Vaterländer

Die AfD steht fest zu der Idee eines Europas der Vaterländer, einer europäischen Gemeinschaft souveräner Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger in all jenen Angelegenheiten zusammenwirken, die gemeinsam besser erledigt werden können. Dazu gehört insbesondere ein weitgehend unbehinderter Binnenmarkt mit fairem Wettbewerb. Die quasistaatliche „Europäische Union“ halten wir für einen Widerspruch in sich. Eine Gruppe benachbarter Staaten kann sehr gut auf völkerrechtlicher Basis konstruktiv und friedlich kooperieren. Der Versuch jedoch, aus derzeit 28 oder noch mehr Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Erfahrungen einen wie auch immer ausgestalteten Gesamtstaat zu bilden, muss scheitern. Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten sind.

Derzeit 751 Parlamentssitze in Straßburg

Die Plenartagungen finden in der Regel in Straßburg statt, dem eigentlichen Sitz des Parlaments. Die Ausschüsse und Fraktionen tagen in Brüssel. Die Parlamentsmitglieder organisieren sich nicht in nationalen Blöcken, sondern nach europaweiten politischen Fraktionen, in denen alle wichtigen Parteien der EU-Mitgliedsstaaten zusammengefasst sind.



Der Sitzungssaal in Straßburg

Konkret bedeutet das: Es gibt zum Beispiel die Europäische Volkspartei als christdemokratischen Zusammenschluss oder die Sozialdemokratische Partei Europas, die Liberale und Demokratische Partei Europas sowie entsprechend grüne beziehungsweise linke übernationale Fraktionen.

Die Anzahl der Sitze pro Mitgliedsland richtet sich nach der Anzahl der Einwohner im jeweiligen Land. Die Zahl schwankt zwischen mindestens 6 bis höchstens 96. Deutschland hat mit seinen rund 80 Millionen Einwohnern 96 Sitze, was einem Sitz pro 830.000 Einwohner entspricht. Malta, als bevölkerungsärmstes Land mit gerade mal 420.000 Einwohnern, hat dagegen 6 Sitze, was einen Sitz für 70.000 Einwohner bedeutet. Das entspricht nicht demokratischen Grundsätzen.

55.000 Beamte und Angestellte sind zu viel

Die politischen Akteure Europas haben die Europäische Union zu einem monströsen Behörden- und Verwaltungsapparat ausgebaut: Zwölf EU-Institutionen mit 44.000 EU-Beamten und 11.000 Angestellten, Personalkosten von über acht Milliarden Euro, 24 EU-Agenturen mit einer nicht veröffentlichten Zahl von Mitarbeitern und Heerscharen von Dienstleistern wie Dolmetschern und Sachverständigen.

Die Abgeordneten, Kommissare, Beamten und sonstigen EU-Beschäftigten erhalten unangemessen hohe Vergütungen und Privilegien, von paradiesischen Pensionsansprüchen bis zu steuerfreien Zulagen. In der EU verdienen beispielsweise etwa 4.000 EU-Beamte jeweils mehr als der deutsche Bundeskanzler (290.000 € brutto/Jahr).

Mit der Reform der EU wollen wir den aufgeblähten Behördenapparat schrumpfen und die unverhältnismäßige Besoldung und Versorgung der EU-Bürokraten stoppen.

Für ein souveränes Deutschland

Ziel deutscher Außenpolitik ist der Erhalt eines souveränen Deutschlands, das Freiheit, Recht und Sicherheit seiner Bürger garantiert. Wir stehen für ein

Europa der Vaterländer und lehnen zentralistische Bestrebungen der EU entschieden ab.

Kernkompetenzen und Entscheidungsbefugnisse, auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, müssen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben.

Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland. Die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten sind dabei zu berücksichtigen.

Frankreich bleibt ein wichtiger Partner in Europa. Deutsche Interessen sind bei der Zusammenarbeit künftig jedoch viel stärker zu berücksichtigen. Die engen Beziehungen zu Großbritannien müssen auch nach dem Austritt der Briten aus der Europäischen Union beibehalten werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen der Visegrád-Staaten zur Erhaltung der europäischen Identität.

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte zu China wollen wir ausbauen, gleichzeitig aber eine gegenseitige Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen erreichen. Bis dahin muss der Erwerb europäischer Unternehmen durch chinesisch beherrschte Unternehmen mit den Mitteln des Wettbewerbs- und Kartellrechts kontrolliert, eingeschränkt und notfalls gestoppt werden. Damit treten wir dem Ausverkauf deutscher und europäischer Technologie entgegen.

Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Die AfD fordert den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und die Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen.

Syrische Flüchtlinge sofort zurückschicken

Deutschland hat während des Krieges über eine halbe Million syrischer Kriegsflüchtlinge aufgenommen, die jetzt unverzüglich zurückgeführt werden müssen. Dazu muss die Bundesregierung sofort Verhandlungen mit den syrischen Behörden aufnehmen und sich in der EU für die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien einsetzen.

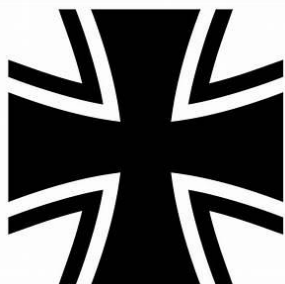
Keine EU-Armee

Europa wird durch die NATO verteidigt. Deshalb lehnt die AfD die Schaffung einer europäischen Armee strikt ab, da diese über keine demokratische Legitimation verfügt und einen weiteren Souveränitätsverlust der europäischen Staaten bedeuten würde.

Stattdessen fordert die AfD die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, um hier Deutschlands Rolle und Einfluss zu erhöhen.

Bundeswehr und NATO

Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss unverzüglich wiederhergestellt werden. Dazu müssen die Mängel und Probleme bei der aktuellen Personal- und Ausrüstungslage der Bundeswehr gelöst, die gegenwärtigen Strukturen endlich ausgefüllt und die Streit-



kräfte wieder zukunftsfähig gemacht werden. Wir fordern die zügige Anpassung des deutschen Wehretats an das 2-Prozent-Ziel der NATO. Die Erfüllung dieses Ziels dient der Erneuerung der Einsatz- und Bündnisfähigkeit unserer Streitkräfte. Darüber hinaus ist der Aufbau der Bundeswehr auf eine für die Landes- und Bündnisverteidigung notwendige Größe erforderlich.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist nach Meinung der AfD notwendig, um mit dem ‚Bürger in Uniform‘ der Bundeswehr wieder die Geltung zu verschaffen, die sie verdient hat.



Leopard 2

Die AfD fordert den Erhalt der wehrtechnischen Fähigkeiten, die Sicherung der in diesem Hochtechnologiektor bestehenden Arbeitsplätze und Planungssicherheit für die deutsche Industrie und unsere Streitkräfte.

Die Europäische Union ist kein Staat

Die EU ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kein Staat. Sowohl das Grundgesetz (Haushaltsvorbehalt des Parlaments nach Art. 110 GG) als auch die EU-Verträge (mit Verfassungsrang) lassen EU-Steuern nicht zu: Als loser Staatenbund hat die EU derzeit kein eigenes Besteuerungsrecht und darf somit keine „EU-Steuern“ erheben. Bestrebungen, insbesondere von französischer Seite, dies zu ändern, erteilt die AfD eine entschiedene Absage. Hierdurch würde die Budgethoheit der nationalen Parlamente unterlaufen.

Die EU darf niemals Steuern erheben dürfen. Die AfD fordert umfangreiche Ausgabenkürzungen statt ein überflüssiges EU-Finanzministerium.

Ausgaben vermindern

Die AfD fordert eine Verkleinerung des EU-Haushaltes, mindestens um die wegfallenden Netto-Einnahmen aus Großbritannien. Neue Aufgaben der EU, die weitere Kosten verursachen, dürfen nur dann aufgenommen werden, wenn diese Kosten durch Einsparungen an anderer Stelle des EU-Haushalts finanziert werden.

Zur Ausgabenreduzierung ist auch die EU-Verwaltung zu verkleinern sowie der kosten- und zeitintensive Tourismus zwischen den drei Arbeitsorten Straßburg, Brüssel und Luxemburg sofort zu beenden.

Dem deutschen Steuerzahler nicht zumutbar

Die AfD steht auch in der Währungspolitik für ein auf Marktwirtschaft und nationaler Eigenverantwortung basierendes, freundliches Miteinander der EU-Staaten.

Die Geschäftsgrundlage des Euro war: keine Haftung für die Schulden anderer Länder, keine Staatsschul-

den über 60 % des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts und kein Jahresdefizit über 3 %. Diese Regeln sind zerstört worden.

Stattdessen wird der Euro heute jeden Tag mit Milliardensummen „gerettet“. Dies über Garantien, Bürgschaften, sogenannte Fazilitäten, Schlechtwetterfonds, Verrechnungskredite (TARGET 2), zinsfreie Kredite an notleidende Staaten und permanente Aufkäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank. Alle diese Maßnahmen sind illegal, da sie gegen die Verbote der monetären Staatsfinanzierung und der gegenseitigen Haftungsübernahme verstoßen.

Die EU benimmt sich zudem als Bundesstaat, was ebenso illegal ist, und nicht als Staatenverbund von souveränen Nationalstaaten.

Deshalb muss Deutschland diese Transferunion aufkündigen – durch Wiedereinführung einer nationalen Währung, gegebenenfalls unter paralleler Beibehaltung des Euro.



Enteignung der Sparer und Rentner beenden

Die EZB sollte eine zweite Deutsche Bundesbank sein. Stattdessen betreibt sie eine Währungspolitik der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik). Dies zerstört alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. Seit dem Amtsantritt von EZB-Präsident Draghi fehlen den Deutschen mehr als 500 Mrd. Euro für ihre Altersvorsorge.

Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen sofort eingestellt werden.

Eine Politik der künstlich herbeigeführten Null- und Negativzinsen führt zur Zerstörung der zentralen Märkte für Anleihen sowie zur Enteignung der Klein- und Lebensversicherungssparer und damit zu Altersarmut. Der durch die EZB-Politik verursachte, für Deutschland zu schwache Euro, und die Preisexplosion am Aktien- und Immobilienmarkt zerstören die Kaufkraft von nicht so schnell steigenden Einkünften, wovon insbesondere Arbeitnehmer und Rentner betroffen sind.

Geld- und Währungspolitik gescheitert

Während die Deutsche Bundesbank nur einmal in 50 Jahren direkt Staatsanleihen gekauft hat, ist das für die EZB seit 2015 das tägliche „Geschäftsmodell“. Ende 2018 wird sie für fast 4 Billionen Euro staatliche und private Anleihen erworben haben. Eine solche unverantwortliche Ausweitung der Geldmenge ist nach den europäischen Verträgen verboten. Diese suprastaatliche Rettungspolitik verletzt geltendes Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV). Die Rettungspolitik bricht alle den Wählern seit den 1990er Jahren gegebenen Zusicherungen zur „nie-

mals zugelassenen Haftung Deutschlands für Fremdschulden“.

Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung und der Vergemeinschaftung der Schulden sowie eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf reine Geldpolitik.

Bargeld in Gefahr

Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung vorbereitet. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich.

Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte.

Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht.

Keine Haftung für europäische Banken

Die AfD verlangt, dass die Bundesregierung sich gegen jede Weiterverfolgung der sogenannten Europäischen Bankenunion und die von der EU-Kommission vorgeschlagene Europäische Einlagensicherung (EDIS) stellt.

Mit der Europäischen Bankenunion würden auch die bisher nur kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Die EDIS wäre mit mehreren Billionen Euro der größte gemeinschaftliche Haftungstopf der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden deutsche Sparer und Bankkunden mit ihrem Einlagengeld für marode Banken in den Mittelmeerländern haften, die bereits heute über 900 Milliarden Euro an uneinbringlichen Kreditforderungen in den Bilanzen haben. Riesige Ausfälle sind nur eine Frage der Zeit und würden nach Einführung von EDIS direkt deutsche Haftungszahlungen auslösen!

Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen; dieser Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer Volkswirtschaft lebenswichtig.

Heimliche Kreditgewährung beenden

Im Zahlungsverkehr der Euro-Zone muss der Ausgleich der offenen TARGET-Salden zwischen den Nationalbanken wie bis 2007 wieder direkt und taggleich stattfinden, um den Anstieg von nicht realisierbaren Forderungen bei der Deutschen Bundesbank zu vermeiden. Derzeit hat die Deutsche Bundesbank offene Forderungen in Höhe von fast 1.000 Milliarden Euro gegenüber der EZB, deren

Beitreibung mangels hinterlegter Sicherheiten ungewiss und juristisch nicht einmal durchsetzbar ist.

Als Sofortmaßnahme fordert die AfD darum die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank auf, die bislang geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos „TARGET2“ zu beenden.

Deutsche Identität wahren

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union postuliert die „Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten“. Im diametralen Gegensatz zu diesem Versprechen betreiben die politischen Eliten und Institutionen der EU jedoch eine Asyl- und Immigrationspolitik, welche die europäische Zivilisation in existenzielle Gefahr bringt.

Allein die Bevölkerungszahl Afrikas wird bis zum Jahr 2050 um 800 Millionen Menschen anwachsen. Aktuelle empirische Erhebungen bestätigen Hunderte von Millionen wanderungswilliger Menschen in diesen Regionen. Zugleich schrumpft und überaltert Europa. In Deutschland leben gegenwärtig nur noch etwa 4 Millionen Männer deutscher Herkunft im Alter von 20 bis 35 Jahren. Eine weitere Öffnung Europas für Zuwanderung aus anderen Kontinenten wird in relativ kurzer Frist unweigerlich zu einer Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen führen.

Die Politik der Grenzöffnung wird einen Kulturabbruch historischen Ausmaßes zur Folge haben. Sie löst nicht das demografische Problem, sondern verschärft vielmehr seine Folgen auf dramatische Weise. Vor dem Hintergrund des aggressiv vordringenden Islam riskiert sie die Destabilisierung unserer freiheitlichen Demokratien.

Die AfD fordert daher in der Migrationspolitik einen grundlegenden Paradigmenwechsel.

Jegliche Einwanderung nach Europa muss so begrenzt und gesteuert werden, dass die Identität der europäischen Kulturnationen unter allen Umständen gewahrt bleibt.

Gastrecht auf Zeit

Asyl ist ein Gastrecht auf Zeit! Das noch aus dem 20. Jahrhundert stammende heutige Asylsystem, einschließlich der Genfer Flüchtlingskonvention, war für einen eng begrenzten Personenkreis konzipiert und zu keiner Zeit als Steuerungsinstrument für Masseneinwanderung gedacht. Insbesondere ist es in der überkommenen Form nicht geeignet, die sich schon allein aufgrund der Bevölkerungsexplosion in Afrika abzeichnende fortgesetzte Massenzuwanderung zu bewältigen. Es leistet sowohl dem Asylmissbrauch als auch der Schleuserkriminalität Vorschub.

Verkorkste Einwanderungspolitik

Die AfD will endlich die Einwanderungspolitik neu regeln. Sie will die Missstände bei der Asylpolitik beenden. Dazu zählen die freiwillige Übernahme („Relocation“) von Asylbewerbern aus Italien und Griechenland. Anreize im deutschen Asylverfahren (beispielsweise überlange Verfahren, Arbeitsmarktzugang vor Anerkennung, überhöhte Sozialleistungen, unterlassene Abschiebungen), die Asylbewerber innerhalb der EU primär nach Deutschland

locken, müssen behoben und die Sogwirkung der deutschen Willkommenskultur beendet werden.

Abgelehnte Asylbewerber müssen das Land verlassen, einen nachträglichen „Spurwechsel“ (von einem Schutzstatus zu einem Bleiberecht) lehnen wir ab. Es darf zu keiner nachträglichen Legalisierung der illegalen Einreise kommen. Auch anerkannte Asylbewerber dürfen nicht automatisch in einen Daueraufenthalt hineinwachsen. Sobald die Rückkehr in einen Herkunftsstaat möglich ist, muss diese unverzüglich, ausnahmslos und unbürokratisch durchgesetzt werden.



Ab in die Heimat – Aufbauhilfe leisten

EU-Recht diskriminiert Deutsche

Die Freizügigkeitsrichtlinie gewährt EU-Bürgern in Deutschland eine Rechtsstellung, die fast vollständig der deutschen Staatsangehörigkeit entspricht. Das führt dazu, dass dauerhafte Sozialhilfeempfänger und sogar Schwerverbrecher so gut wie nie abgeschoben werden. Das muss sich ändern. Auch EU-Bürger, die einem andern EU-Staat zur Last fallen oder sich nicht an Gesetze halten, müssen leicht und dauerhaft des Landes verwiesen werden können.

Teilweise genießen in Deutschland lebende EU-Staatsangehörige sogar mehr Rechte als Deutsche. Diese sogenannte „Inländerdiskriminierung“ muss sofort beendet werden.

Wir lehnen die Einführung einer EU-Staatsangehörigkeit ab. Staatsangehörigkeit ist und bleibt ein Merkmal souveräner Völker und Staaten.

Selbstbedienungsladen Sozialhilfe

Die europäische Personenfreizügigkeit hat zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU aus den ärmeren in die reicheren Staaten, besonders nach Deutschland, allein zum Zweck des Sozialhilfebezugs geführt. Die schwach ausgeprägten und betrugsanfälligen Regelungen der Freizügigkeitsrichtlinie reichen nicht aus, um den Missbrauch des großzügigen deutschen Sozialsystems durchgreifend zu verhindern. Armutszuwanderung und Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme muss auch auf EU-Ebene unterbunden werden können.

Wir fordern daher eine Einschränkung der EU-Personenfreizügigkeit mit dem Ziel, den aufnehmenden Staaten eine Beschränkung der EU-Zuwanderung zu ermöglichen, die nur Personen zulässt, die selbst für sich sorgen können.

Daneben muss allen EU-Ländern die Möglichkeit eröffnet werden, den Anspruch auf steuerfinanzierte Sozialleistungen für EU-Bürger und ihre Familienangehörigen von einer mindestens zehnjährigen durchgängig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ohne staatliche Zuschüsse abhängig zu machen.

Diesel – einst gefördert, heute verdammt

Von Regierung, etablierten Parteien und der EU wird den Bürgern verkündet, dass Verbrennungsmotoren schlecht und unzeitgemäß seien und dass die Zukunft in der E-Mobilität läge. Um diesen Ansichten Geltung zu verleihen, arbeiten sie mit umstrittenen, als Umweltschutzverbände getarnten, Abmahnvereinen zusammen. Es wird versucht, die seit Jahren sauberer werdende Luft in unseren Städten als gesundheitsgefährdend darzustellen. Dadurch wurden faktisch Millionen Diesel-Fahrer enteignet.

Die Fakten sind: Durch immer bessere Motoren steigt die Luftqualität trotz mehr Verkehrs. Der Abgasuntersuchungsausschuss hat festgestellt: Es gibt „keine toxikologisch bedenklichen NO₂-Werte“.

Auch erscheint die Diskrepanz zwischen dem Grenzwert von 950 µg/m³ an Arbeitsplätzen in Deutschland im Vergleich zum EU-Grenzwert an Straßen von 40 µg/m³ NO₂ (USA 100 µg/m³) übersteigert.



Briefmarke 1958 zum 100. Geburtstag

Erzwungener Umstieg auf E-Autos soll Individualverkehr abschaffen

Die Kosten für die notwendige Strom-Infrastruktur wären enorm, wenn die Fahrzeuge zuhause geladen werden würden. Die unangenehm langen Ladezeiten unterwegs blieben trotzdem. Die derzeit günstigeren Verbrauchskosten ergeben sich nur, weil auf Strom keine Mineralölsteuer erhoben wird. Sobald Verbrenner verboten sind, würde sich dies ändern.

Für die politisch Verantwortlichen ist das Diesel-Verbot nur der erste Schritt zu einem vollständigen Verbot von Verbrennungsmotoren. Der subventionierte Umstieg auf E-Mobilität ist für den Normalbürger aber schlichtweg unbezahlbar. Das Ziel von EU und etablierten Parteien ist die Abschaffung des Individualverkehrs für die Masse der Bevölkerung. **Die AfD steht auf der Seite der Bürger, die auf das Auto angewiesen sind oder die Freiheit des Individualverkehrs genießen. Die AfD lehnt daher Fahrverbote ab.**

Landwirtschaftliche Flächen zu wertvoll für Öko-Sprit

Die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft, Gartenbau u. a. – tragen zur Wertschöpfung, der Schaffung regionaler Arbeitsplätze und zur Versorgung der Bevölkerung in unserem Lande bei. **Wir setzen uns ein für eine realitätsbezogene Bildung zum Thema grüne Berufe und die sich daraus ergebende Wertschätzung für Leistungen und Produkte der Landwirte.**



Unendliches Maisfeld – nur für Öko-Sprit

Die AfD erkennt die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sowie den Erhalt der ländlichen Räume an. **Wir wollen die Förderungspolitik der EU in die Mitgliedsstaaten und damit nach Deutschland zurückholen.** Eine Subventionierung der Landwirtschaft bleibt zunächst bestehen, da in einem freien globalen Wettbewerb der Bauernstand aus Deutschland sonst verschwinden würde. Landwirtschaftliche Subventionen müssen neben der Flächengröße besonders die weiteren Leistungen kleiner Familienbetriebe berücksichtigen. Weniger EU würde auch weniger Bürokratie für die Landwirte bedeuten, die faktisch nur Zeit und Geld kostet, aber keine positiven Auswirkungen auf Landwirtschaft und Umwelt hat. Die Gesamtbevölkerung in der EU wächst, wenn auch nur durch die große Zahl Zugewanderter und vorübergehend Aufgenommener. Die Anbauflächen pro Kopf schrumpfen somit. Umso größer ist die Bedeutung landwirtschaftlich genutzter Flächen. **Wir fordern ein sofortiges Ende der Vermaischung der Kulturlandschaft.**

Grenzenloses Deutschland

Aufgrund des Schengener Abkommens finden grundsätzlich keine Grenzkontrollen im Schengen-Raum mehr statt, weshalb zum Ausgleich dafür strenge Kontrollen an den Außengrenzen durchgeführt werden müssten. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX aber unterstützt die illegale Zuwanderung sogar, indem sie auf See aufgegriffene illegale Migranten in die EU verbringt.

Wir fordern eine Änderung der Seeaußengrenzenverordnung, damit der Rücktransport Geretteter in die Ausgangsorte möglich wird.



Im Hafen von Tarifa (Spanien)

Wegen der fehlenden Sicherung der Außengrenzen findet immer noch ein unkontrollierter Zustrom von illegal einreisenden Ausländern statt. Das durch das Schengen-Abkommen geschaffene „grenzenlose Europa“ stellt zunehmend eine Bedrohung für die innere Sicherheit der einzelnen Nationalstaaten dar und schafft erhebliche Risiken im Bereich des Terrorismus. ***Wir tolerieren den Verlust der inneren Sicherheit nicht und kämpfen dafür, dass Menschen in Deutschland wieder sicher leben können.***

Das Schengener Abkommen bedarf daher einer Änderung, damit die Nationalstaaten wieder durch entsprechenden Grenzschutz die eigene innere Sicherheit gewährleisten können.

Der Islam gehört nicht zu Europa

Europa ist wesentlich geprägt von der griechisch-römischen Antike, dem Judentum und Christentum, der Aufklärung und den Menschenrechten. Im Geiste von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie wollen wir dieses Europa für uns und unsere Nachkommen dauerhaft erhalten.

Wir werden Europa gegen einen Islam verteidigen, der auf der Basis von Koran und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie nicht vereinbar ist, einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt und die Scharia durchsetzen will.

Der Islam trennt nicht zwischen Staat und Religion und ist damit auch eine politische Ideologie. Die Scharia regelt totalitär das gesamte Leben der Muslime und alle Bereiche der islamischen Gesellschaft. Religionsfreiheit ist dem Islam fremd. Zahlreiche Koranverse fordern den Kampf gegen Nichtmuslime bis hin zur Tötung von Andersgläubigen. Freundschaft mit „Ungläubigen“ ist Muslimen laut Koran verboten. Die Geschlechter sind nicht gleichberechtigt, Frauen werden unterdrückt, und Homosexualität ist ein Verbrechen. Täuschung ist als Taqiyya erlaubt, wenn sie dem Islam nützt.

Die AfD erkennt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit uneingeschränkt an. Sie fordert jedoch, konsequent die Menschenrechte gemäß der allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN zu verteidigen. Insbesondere sind der Ausübung der Religionsfreiheit Grenzen zu setzen, sofern dadurch die Grundrechte anderer verletzt werden.

Der imperialistische Islam, der seit dem frühen Mittelalter Teile Europas jahrhundertlang beherrscht hatte, expandiert seit über fünfzig Jahren erneut in europäische Staaten durch die Einwanderung von Muslimen und ihre höhere Geburtenrate.

Wir wollen nicht in wenigen Jahrzehnten selbst zur Minderheit werden und unser freies und vielfältiges Europa an den Islam verlieren.

Die ständig drohende Terrorgefahr sowie jegliche Radikalisierung von Muslimen werden wir entschlossen bekämpfen. Moscheen dürfen nicht vom islamischen Ausland finanziert werden. Minarette sind als islamische Herrschaftszeichen ebenso zu verbieten wie der Muezzin-Ruf, nach dem es außer Allah keinen anderen Gott gibt. Öffentliche Freitagsgebete sollen als religiöse Machtdemonstrationen nicht gestattet sein. Antisemitismus in Wort und Tat muss konsequent bekämpft werden. Burka und Niqab sind als Hindernis für die soziale Kommunikation gemäß einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu untersagen. Das Kopftuch soll als religiös-politisches Zeichen nicht im öffentlichen Dienst getragen werden. Polygamie, Zwangsheirat und Kinderhehen wollen wir durch ein Verbot von Imam-Ehen unterbinden.



Moslems beim Gebet

Die AfD ist überzeugt, dass nur ein entschlossenes gemeinsames Handeln aller europäischen Staaten die drohende Islamisierung Europas verhindern kann. Denn noch nie in der Geschichte Europas war diese Gefahr so groß wie heute, auch wenn dies viele nicht erkennen wollen.

Kein Bargeld mehr für Asylbewerber

Asylbewerber im laufenden Verfahren und abgelehnte Asylbewerber sollen durchgängig nur Sachleistungen auf dem Niveau des Asylbewerbergesetzes erhalten, anerkannte Asylbewerber mit einem vorläufigen Bleiberecht nur Sachleistungen auf dem Niveau der Grundsicherung. Flüchtlinge, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention ein vorläufiges Aufenthaltsrecht haben, sollen nur Sachleistungen auf Basis der Grundsicherung erhalten. Dass Asylbewerber heute Teile ihres üppig bemessenen Taschengeldes in die Heimat senden, ist kein Geheimnis.

Kindergeld für Ausländer beschränken

Allein im Jahr 2017 wurden knapp 345 Millionen Euro in Deutschland erwirtschaftete Steuern als Kindergeld ins Ausland gezahlt, wobei die Sätze der Empfängerländer fast ausnahmslos deutlich unter den deutschen lagen. Das ist ungerecht und schafft erhebliche Anreize zur Sozialmigration. ***Wir fordern, dass nur hier auch arbeitende Ausländer Kindergeld erhalten und dies nur in***

Höhe der Sätze der Länder, in denen ihre Kinder tatsächlich leben.

Diese Regelung sollte europaweit umgesetzt werden.

Sozialhilfe für Ausländer nach 10 Jahren

Die AfD lehnt die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsagentur (ELA) ab. Wir setzen uns dafür ein, dass Ausländer aus EU-Staaten und aus Drittstaaten erst dann Sozialleistungen ähnlich denen deutscher Staatsbürger erhalten, wenn sie zehn Jahre ununterbrochen im Inland steuerpflichtige Einkünfte erzielen konnten und mit diesen ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe oder Hilfe von Dritten bestreiten konnten.

Scheinselbständigkeit verhindern

Die EU-Niederlassungsfreiheit darf durch Zuwanderer nicht weiter dazu missbraucht werden, durch Scheinselbständigkeit Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen. Die EU-Dienstleistungsfreiheit führt insbesondere im Transportgewerbe zu einer den deutschen Sozialstaat schädigenden Umgehung von Mindestlöhnen, Steuern und Sozialabgaben. Dieses Lohn- und Sozialdumping wollen wir beenden.

Kein Import von Infektionskrankheiten

Seit Beginn der Flüchtlingskrise ist ein signifikanter Anstieg meldepflichtiger Infektionskrankheiten zu verzeichnen, vermehrt auch mit resistenten Erregern. So entfallen in Deutschland beispielsweise von 4.900 Tuberkulose-Neuinfektionen pro Jahr ca. 1.300 auf Migranten.

Derzeit gibt es keine einheitlichen, verpflichtenden Untersuchungen in Europa bei Migranten. Dies stellt eine erhebliche Gefährdung für die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung und des medizinischen Personals dar. Dabei ermöglicht die rechtzeitige Diagnosestellung von Infektionen nicht nur einen raschen Therapiebeginn, sondern kann dabei helfen, die Ausbreitung von Erkrankungen einzudämmen. Dazu soll ein verbindliches und einheitliches Gesundheitsschutzprogramm eingeführt werden. Es soll die Diagnose ansteckender Krankheiten sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung umfassen. Verbindliche Untersuchungen von anerkannten Migranten müssen alle meldepflichtigen Erkrankungen umfassen.

Gesundheitsgrundversorgung gehört in die öffentliche Hand

Die vom Gesetzgeber vorgesehene Trägervielfalt im Krankenhauswesen darf nicht zu einer weitgehenden Privatisierung und Öffnung des „Krankenhausmarktes“ für europaweit agierende Gesundheitskonzerne führen.

Der Marktanteil privater Krankenhäuser hat sich vervielfacht, während der Anteil der öffentlichen und konfessionellen Krankenhäuser in gleichem Maße zurückgegangen ist. Das Grundverständnis und die Betriebsziele von gemeinnützigen oder konfessionellen Krankenhäusern sind andere als die von marktwirtschaftlich agierenden Krankenhausketten, die eine Rendite erwarten und diese nicht zuletzt aufgrund von Personaleinsparungen, insbesondere im Pflegebereich, auch tatsächlich erzielen.



Klinikum Bad Hersfeld

Die Zuständigkeit der Krankenhausplanung auf der Ebene der deutschen Bundesländer muss erhalten bleiben. Einer fortschreitenden Unterversorgung im ländlichen Raum muss entgegengewirkt werden. Der gesetzlich verankerte Sicherstellungsauftrag der öffentlichen Hand muss auch bei dieser verbleiben. Dies gilt sinngemäß auch für stationäre Pflegeeinrichtungen und für Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

Vater, Mutter, Kind

Die Familie ist die Keimzelle jeder Gesellschaft und steht deshalb in Deutschland unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Alle Personen haben das Recht, ihren Lebensstand frei zu wählen. Andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren, damit aber weder gleichzusetzen noch zu fördern. **Die AfD bekennt sich in ihrer Familienpolitik zum klassischen Leitbild der Familie, in der Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen. Die einzigartige und privilegierte Position von Vater und Mutter im Hinblick auf den Schutz des Kindeswohls muss in vollem Umfang erhalten werden. Wir streben Chancengleichheit für Frauen und Männer an, lehnen aber die Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen ab.**

Wir sehen Kinder sowohl für jeden Einzelnen als auch für unsere Gesellschaft als sinnstiftendes, bereicherndes, lebensnotwendiges Element und nicht als Kostenfaktor. Ohne Familien mit Kindern können unsere europäischen Gesellschaften, unsere Kultur und Freiheit nicht bestehen bleiben. Für die AfD stehen daher die originären Bedürfnisse von Kindern im Mittelpunkt ihrer Familienpolitik.

Impressum

Für ein besseres Europa

Informationen und Thesen zur Europawahl 2019 (Auszüge aus dem 88-seitigen AfD-Wahlprogramm)

AfD-Kreisverband Hersfeld-Rotenburg

Spendenkonto: DE62 5325 0000 0060 0298 70.

V.i.S.d.P. Peter Fricke, Sonnenweg 9, Bad Hersfeld

Druck: LINUS WITTICH Medien KG., 36358 Herbstein



Duale Ausbildung und Meisterprüfung

Die AfD betrachtet eine berufspraktische Ausbildung als gesellschaftlich ebenso wertvoll wie ein Studium und fordert deshalb, dass die Bedeutung der Handwerksberufe in den Bildungseinrichtungen entsprechend gewürdigt wird. Die Definition von Qualitätsstandards in der beruflichen Ausbildung muss in der Hoheit der Nationalstaaten verbleiben. Dazu gehört auch eine Wiedereinführung der deutschen Meisterpflicht für zahlreiche Berufe, für die diese voreilig abgeschafft wurde. Das in Deutschland erfolgreiche System der dualen Ausbildung muss erhalten bleiben und kann den übrigen EU-Ländern als Vorbild dienen. Das duale Studium eröffnet qualitativ hochwertige, stark praxisorientierte und passgenaue Spezialisierungen und ist somit ein weiterer geeigneter Weg, dem Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen.

Inklusion mit Augenmaß

Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann. Eine Inklusion um jeden Preis geht zu Lasten der Bildungsqualität aller Beteiligten. **Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen und die Inklusion mit Augenmaß ein. Wir bekennen uns damit ganz klar zur Sicherstellung von größtmöglicher Chancengleichheit durch Förderschulen.**

Gender-Mainstreaming abschaffen

Die Umsetzung des Gender-Mainstreaming ist seit dem Vertrag von Amsterdam 1997 verpflichtend für alle Mitgliedsstaaten der EU. Kern der Gender-Ideologie ist die

Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert.

Diese Ideologie entwertet die für den Bestand der Gesellschaft unverzichtbare Familie und verunsichert Kinder in ihrer sexuellen Identität. Behauptungen dieser Weltanschauung stehen im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie. **Wir fordern, aus der Amsterdamer Verpflichtungserklärung auszusteigen. Wir befürworten die Gleichberechtigung und lehnen daher eine einseitige, geschlechterspezifische Förderung ab.**

Das sogenannte Gender-Budgeting als fiskalisches Instrument zur Durchsetzung des Gender-Mainstreaming in den Haushalten der EU und der Mitgliedsstaaten lehnen wir ab, weil sich öffentliche Ausgaben nicht den Geschlechtern zuordnen lassen.

Die staatliche Förderung der sogenannten Genderwissenschaft ist zu beenden. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden. Wir lehnen die unnatürliche Umgestaltung der deutschen Sprache als Mittel zur Durchsetzung der Gender-Ideologie ab. In einem freien Europa darf es keinen staatlichen Zwang zur Verwendung einer politisch korrekten Sprache geben.

Unsere hessischen Kandidaten für Europa

Christine Anderson

wurde am 29. Juli 1968 in Eschwege geboren. Sie hat Abitur, eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung und in den USA Economics studiert. In den USA war sie für ein landesweit operierendes Handelsunternehmen tätig. Die dreifache Mutter lebt in Limburg-Weilburg. Christine Anderson ist seit Mai 2013 Mitglied der AfD und seit 2016 Fraktionsvorsitzende im Kreistag Limburg-Weilburg. Ihren politischen Schwerpunkt sieht sie in der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat. Sie kandidiert für Hessen auf Platz 8 der AfD-Liste und hat damit eine gute Aussicht auf einen Sitz.



Erich Heidkamp

wurde 1948 in Leverkusen geboren, ist verheiratet und hat eine erwachsene Tochter. Der in Frankfurt am Main wohnende gelernte Exportkaufmann war als Geschäftsführer und Manager von Auslandsniederlassungen in Asien, Lateinamerika und Europa für ein deutsches Großunternehmen tätig. Heidkamp ist seit März 2013 Mitglied der AfD. Seit 18. Januar 2019 ist er Abgeordneter des Hessischen Landtags. Er kandidiert für Hessen auf Platz 12 der AfD-Liste zum Europaparlament und hat damit gute Chancen auf einen Sitz.



**Deutsche Interessen stärken
AfD - Liste 5 - wählen**